



Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Protokoll der außerordentlichen Sitzung des 82. Studierendenparlaments am 05.11.2024

Tagesordnung (wie unter 1b beschlossen):

1. **Begrüßung und Formalia**
 - a. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
 - b. Beschluss der Tagesordnung
2. **Planung der Reaktion der Studierendenschaft auf die geplante Einführung von Verwaltungsgebühren**
3. **Antrag 82-02aS-01: E-Mail-Signaturen gegen Verwaltungsgebühren**
4. **Verschiedenes**

Sitzungsort:

Hybrid in LMS 8 – R.EG.007 und online via Zoom, Abstimmungstool VotesUp!

Zeitraum:

18:07 – 21:18 Uhr

Sitzungsleitung:

Kenan Bilen (Präsident)
Katrin Meyer (Vizepräsidentin)
Amelie Ohff (Vizepräsidentin)

Protokoll:

Mareike van Aken

Anwesende:

Campus Grüne: Kenan Bilen, Katrin Meyer, Nick Jürgensen, Alexandra Schröder, Inga Willenbockel, Alva Meise

Juso HSG: Amelie Ohff, Elisabeth Gelfman, Konstantin Braas, Ole Geberbauer, Sahar Alias

UDP: Lukas Drescher, Daniel Mäckelmann

LHG: Greta Langschwager

RCDS: Felicitas Dwars, Maximilian Hoffmeister (bis 20:20)

Anwesende ohne Stimmrecht: Daniel Kaufmann, Janina Sinenmus, Laura Falk, Fritz Herkenhoff, Malte Krüger (bis 19:11), Daniel Elich, Yorshua Venero Valenzuela, Yorik Hansen, Joschka Krause, Jonas Patke

TOP	Abstimmung	Inhalt
1) Begrüßung und Formalia a) Feststellung der Beschlussfähigkeit und der ordnungsgemäßen Ladung b) Beschluss der Tagesordnung	a) (Ja/Nein/Enthaltung) b)	Kenan B. eröffnet um 18:07 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Es wurde ordnungsgemäß zur Sitzung geladen. Mit 12 stimmberechtigten Mitgliedern ist das StuPa beschlussfähig. <i>[12 Stimmberechtigte]</i> Die Tagesordnung wurde per Akklamation bewilligt.
2) Planung der Reaktion der Studierendenschaft auf die geplante Einführung von Verwaltungsgebühren		<p>Malte Krüger (Landestagabgeordneter – Bündnis Grüne) stellt sich vor und erläutert die aktuelle Lage: Die Landesregierung hat die finanzielle Lage des Landes proklamiert. Die schwierige finanziell-politische Lage ist insbesondere in Schleswig-Holstein spürbar, da es ein vergleichbar strukturschwächeres Bundesland ist. Potenzielle Möglichkeiten für die finanzielle Entlastung von Studierenden sind folgende: Steuererhöhung, Ausgaben streichen und ordnungspolitische Maßnahmen. Die Landesregierung gibt hierbei Vorgaben für Einsparmaßnahmen. Der aktuelle Sparkurs betrifft nun direkt auch Studierende. Die Landesregierung hat spezifisch einen Fokus auf den Bildungs- und Sozialsektor gelegt. Ab 2026 würde die Einführung von Verwaltungsgebühren pro Studierenden bei 60€ pro Semester liegen. Insgesamt beträgt der Betrag 7,2 Millionen €, die aufgebracht werden müssen. Auch in anderen Bundesländern (u.a. Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen) wird es künftig eine Einführung von Verwaltungsgebühren geben.</p> <p>Auf Nachfrage wird erläutert, dass in anderen Bereichen (Erhöhung des BaföG-Satzes, Studienstarthilfe) eine finanzielle Abfederung umgesetzt wurde. Dennoch bleibt die grundsätzliche finanzielle Lage von Studierenden angespannt, was Laura F. erläutert und Malte K. ebenfalls so sieht.</p> <p>Zudem wird erwähnt, dass auch die Einschreibegebühren eine finanzielle Belastung für Studierende sind, was auf Wunsch des Fragestellenden von Malte K. in der Parlamentssitzung thematisiert wird. Außerdem benennt Fritz H., dass seit dem Wintersemester 2020/2021 die Einschreibungen der Studierenden um circa 12% zurückgegangen sind. Es wird angemerkt, dass Rücklagen, insbesondere bei den Fakultäten, vorhanden sind. Malte K. erläutert, dass die Fakultäten mit den Rücklagen jedoch sehr unterschiedlich haushalten.</p> <p>Maximilian Hoffmeister merkt an, dass eine finanzielle Entlastung auch die Streichung/Kürzung der Rundfunkgebühren für Studierende sein könnte. Auf Rückfrage wird erklärt, dass die 60€ pro Studierenden pro Semester als maximal zumutbare Summe deklariert und nicht konkret berechnet wurde. Eine Einführung</p>

	<p>von Verwaltungsgebühren bedarf einer Änderung im Hochschulgesetz. Eine erneute Änderung des Gesetzes (Streichung der Verwaltungsgebühren) bei einer Verbesserung der Haushaltslage ist theoretisch möglich, sieht Malte K. aber für unrealistisch.</p> <p>Wie das weitere Verfahren aussieht, wird von Malte K. mit einem Gesetzesentwurf mit anschließender 1. Lesung und einer Diskussion im Parlament erläutert. Ein konkreter Ablaufplan besteht jedoch bisher nicht. Der Zeitraum zum Beschluss des Gesetzes wird auf etwa 1-3 Monate eingeschätzt. Amelie O. merkt an, dass die Begrifflichkeit „Verwaltungsgebühren“ eine Verbesserung für Studierende suggeriert, obgleich dies nicht der Fall ist. Ob es eine Möglichkeit der Senkung der geplanten 60€ pro Studierenden pro Semester gäbe, wird aus dem StuPa gefragt und von Malte K. als äußerst unrealistisch angesehen. Aus dem StuPa wird die langfristige Besorgnis über die sinkende Attraktivität der Universität geäußert, insbesondere im Hinblick auf die steigenden Gebühren.</p> <p>Eine zeitliche Begrenzung der Verwaltungsgebühren ist gesetzlich unüblich. Als Hoffnung auf eine finanzielle Entlastung der Studierenden nennt Malte K. die Bundestagswahlen und eine anschließende Überarbeitung der finanziellen Lage für Studierende. Aufgrund weiterer terminlicher Verpflichtungen verabschiedet sich Malte K. vom StuPa.</p> <p><i>[Pause: 19:11 – 19:26]</i></p> <p>Laura F. stellt das Thema der Verwaltungsgebühren nochmal aus der Perspektive des AStAs vor: Auf LaK-Ebene wurde eine Koordinationsgruppe mit den ASten gegründet und Arbeitsgruppen koordiniert. Auf der Hochschulebene wurde ein offener Brief entworfen. Es sollen Studierende mobilisiert und informiert werden. Grundlegend soll die Koordination der Studierendenschaft in SH (auch der anderen Universitäten: Lübeck, Flensburg) geschaffen werden.</p> <p>Maximilian Hoffmeister merkt an, dass er die Einführung der Verwaltungsgebühren für unausweichlich hält und der Fokus auf Bewahrung von Privilegien (Semesterticket) gelegt werden sollte. Laura F., Katrin M. und Fritz H. befürworten, aber zusätzlich als Studierendenschaft Stellung zu beziehen. Als Ideen werden kollektive Vollversammlungen, Briefaktionen, Petitionen, Besetzung von Hörsälen und Demonstrationen sowie mediale Präsenz vorgeschlagen.</p>
--	--

		<p>Katrin M. befürwortet eine Maximalforderung. Laura F. schlägt vor, bei jeder StuPa-Sitzung vom Arbeitsfortschritt zu berichten. Der Initiativantrag wird von Amelie Ohff, Konstantin Braas, Lukas Drescher, Daniel Mäckelmann, Greta Langschwager, Katrin Meyer und Felicitas Dwars namentlich unterstützt.</p> <p>(9/1/2) Abstimmung über die Aufnahme des neuen TOP: Annahme des Initiativantrags: Offener Brief zu den Verwaltungsgebühren in die TO</p> <p><i>[Pause: 20:30 – 20:45]</i></p> <p>(9/2/1) Abstimmung über Antrag 82-02aS-02 Unterstützung offener Brief zu Verwaltungsgebühren</p>
3) Antrag 82-02aS-01: E-Mail-Signaturen gegen Verwaltungsgebühren		<p>Lukas D. stellt den Antrag vor. Es wird vielfach über die Länge und konkrete Wortwahl sowie die Umsetzung des Antrages diskutiert.</p> <p>(4/5/3) GO-Antrag auf Schließung der Redeliste</p> <p>Die Redeliste wird somit nicht geschlossen und es erfolgt eine weitere Aushandlung der konkreten Wortwahl und Diskussion über Umsetzungsmöglichkeiten.</p> <p>(9/1/2) Abstimmung über Antrag 82-02aS-01: E-Mail-Signaturen gegen Verwaltungsgebühren</p>
4) Verschiedenes		<p>Die nächste StuPa-Sitzung ist am 25.11.24. Laura F. erwähnt, dass das nächste Campus Festival für 2025 geplant ist.</p> <p>Kenan B. schließt die Sitzung um 21:18 Uhr.</p>

Verwaltungsgebühr stoppen!

Offener Brief zur geplanten Einführung von Verwaltungsgebühren an den Hochschulen in SH

Sehr geehrter Herr Günther, sehr geehrte Frau Prien, sehr geehrte Frau Dr. Schneider, sehr geehrte Vertreter*innen der Landesregierung und der Regierungsfractionen,

mit großer Bestürzung haben wir ihre Pläne zur Einführung einer „Verwaltungsgebühr“ i.H.v. 60 Euro pro Semester und Studierenden ab dem Jahr 2026 zur Kenntnis genommen. Diese geplante Maßnahme ist für die Studierenden in Schleswig-Holstein nicht tragbar und widerspricht in großen Teilen den Versprechungen des Koalitionsvertrages der Landesregierung. Die Studierenden leiden bereits jetzt unter den Erhöhungen des Studentenwerksbeitrags, den gestiegenen Lebenshaltungskosten und den hohen Mieten. Besonders in Anbetracht der Tatsache, dass derzeit rund 35 % der Studierenden als armutsgefährdet gelten (im Vergleich: 14,4% ist der Anteil von Armutsgefährdeten in der Gesamtbevölkerung), würde eine solche Gebühr die ohnehin schwierige soziale Lage vieler Studierender weiter verschärfen und junge Menschen von einem Studium in Schleswig-Holstein abhalten. Die Studienfinanzierung ist bereits unter den aktuellen Umständen eine Herausforderung, viele Studierende sind auf Nebenjobs angewiesen oder beziehen BAföG, welches nicht ausreichend ist.

Die Einführung einer zusätzlichen Verwaltungsgebühr würde die finanzielle Last weiter erhöhen, ohne dabei einen klaren und konkreten Mehrwert für die Studierenden zu bieten. Stattdessen dient diese Gebühr offenbar lediglich dazu, den Landeshaushalt zu entlasten und das auf Kosten der Studierenden. Wir lehnen diese unverantwortliche Verschiebung der finanziellen Verantwortung auf die Studierenden ab und weisen darauf hin, dass es die Aufgabe des Landes ist, für eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen zu sorgen.

Die geplante Verwaltungsgebühr würde nicht nur die soziale Lage vieler Studierender weiter verschlechtern, sondern auch den Hochschulstandort Schleswig-Holstein schwächen. Ein sozial gerechter Hochschulzugang ist ein wichtiger Standortfaktor und ein wesentlicher Bestandteil der Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Die Einführung von Gebühren, die nicht einmal einen konkreten und klaren Nutzen für die Studierenden hat, ist deshalb ein Schritt in die völlig falsche Richtung.

Daher fordern wir die Landesregierung mit Nachdruck auf, die Pläne zur Einführung einer Verwaltungsgebühr fallen zu lassen und stattdessen Maßnahmen zu ergreifen, die die soziale Lage der Studierenden verbessern, anstatt sie weiter zu verschärfen.

Unterzeichnet von:

Studentische Organisationen:

...

Jugendorganisationen:

...

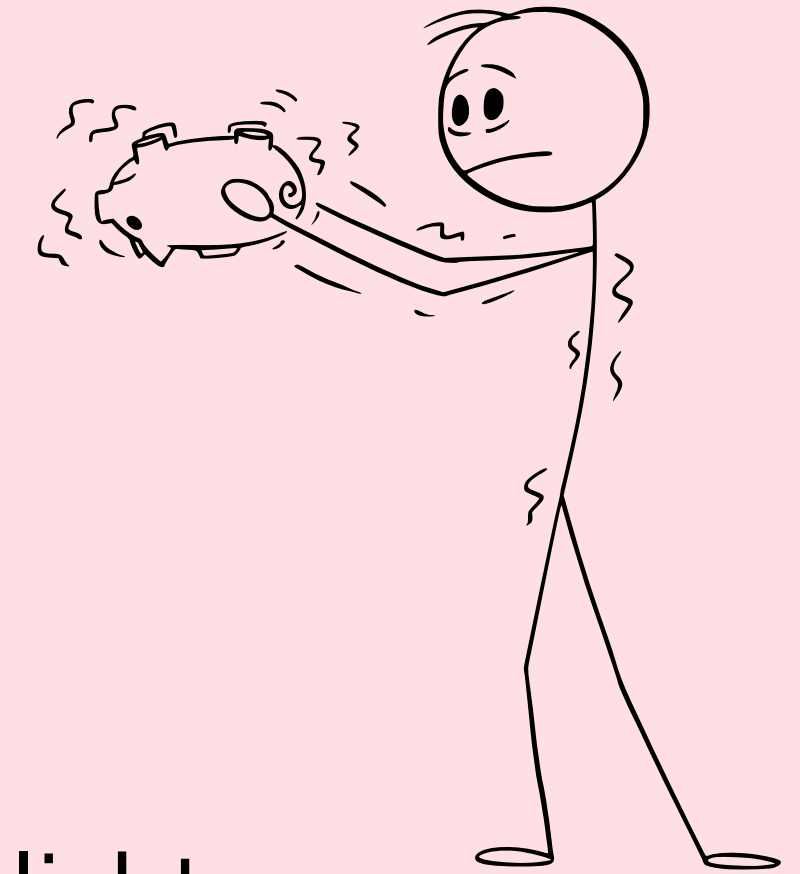
Sonstige gesellschaftliche Organisationen:

...

Verwaltungsgebühren

Was ist bisher passiert?

- Haushalt für 2025 wurde vorgestellt
- große Deckungslücken in allen Bereichen
- im Bildungsbereich ~ 7 Millionen Euro fehlen
- Stellungnahme vom Bildungsministerium veröffentlicht
- geplant ist Verwaltungsgebühr von 60 Euro pro Studi pro Semester einzuführen



Was ist bisher passiert?

KN Newslet KIEL & Region Schleswig-Holstein Holstein Kiel THW Kiel

Startseite > Schleswig-Holstein > Semesterbeitrag in SH soll um 60 Euro steigen - für Verwaltung

Haushaltsentwurf der Landesregierung

Verwaltungsgebühr für Studierende: Semesterbeitrag in SH soll um 60 Euro steigen



Anhören

Studieren in Kiel und an den anderen Hochschulstandorten in Schleswig-Holstein wird wohl teurer. Die Landesregierung will eine Verwaltungsgebühr für Studenten einführen. Damit soll der Semesterbeitrag um 60 Euro steigen. Die Kritik an dem Haushaltsentwurf ist groß.



campusgruenekiel

campusgruenekiel „Wir lehnen die von der schwarz-grünen Landesregierung anscheinend geplante Einführung von 60 Euro Verwaltungsgebühren pro Semester grundsätzlich ab. Diese zusätzliche Belastung ist in dieser sozialen Lage von Studierenden nicht zu rechtfertigen, verschiebt die finanzielle Verantwortung auf uns Studis und schwächt den Hochschulstandort Schleswig-Holsteins. Wir fordern die Landesregierung auf diesen Plan aufzugeben.“ –Alexandra Schröder (Vorstandsmitglied)

Sollte die Landesregierung weiterhin an der Einführung von 60 Euro Verwaltungsgebühren festhalten, kündigen wir jetzt schon die Aufnahme von entsprechenden Gegenaktionen an.

Kontext: Die sch... Verwaltungsgeb... erheben. Diese Semesterbeitrag von 120 Euro p... konkret armuts...
Bearbeitet · 1 Wo.

tuesell Wir brau... qualifizierten Ni... offenen Stellen kompensieren. Da sind Studien Thema sei seit r...

Und wenn da je unterschlagen, i... die Decke gehe... Lindner überleg Studium für Fac Werkstudent*in

Gefällt stella... 17. Oktober

Kommentieren ...



Die Landesregierung möchte eine “Verwaltungsgebühr” von 120 Euro pro Person und Jahr ab 2026 in Schleswig-Holstein einführen. Aus dieser Aktion ergeben sich keine Verbesserungen, vielmehr verteilt die Landesregierung so von unten nach oben um!

jusohsg.kiel Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

jusohsg.kiel Wir lehnen eine Verwaltungsgebühr ab! 🚫

Für uns bedeutet dies eine Sanierung des Haushalts auf den Schultern armutsgefährdeter Studis!

#politics #kiel #schleswig-holstein #studieren #armut #haushalt 1 Wo.

galapolitisch Danke, dass da endlich jemand was zu sagt. 120€ pro Studi pro Jahr, damit schwarz-grün ihren Haushalt auf die Reihe bekommt?! Unglaublich. 1 Wo. Gefällt 10 Mal Antworten

Antworten ansehen (1)

jasmin.holletek Richtig gut, dass ihr darauf aufmerksam macht 1 Wo. Gefällt 7 Mal Antworten

kevdevogel Karen Prien, hör mal auf die! 1 Wo. Gefällt 7 Mal Antworten

maybrit_vzk 1 Wo. Gefällt 4 Mal Antworten

luanamarsau 1 Wo. Gefällt 6 Mal Antworten

Gefällt ameli.ehoff und 117 weitere Personen 17. Oktober

Kommentieren ... Posten

udpkil • Folgen Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

udpkil Übereinstimmenden Informationen zufolge plant die Landesregierung zu 2026 die Einführung von Verwaltungsgebühren in Höhe von 60 € pro Studi pro Semester. Wir halten dies für ein völlig falsches Signal und eine unzumutbare zusätzliche Belastung der Studierenden.

Dazu ein kurzes Statement:
Unsere Universität ist chronisch unterfinanziert. Diese Finanzierungslücke in Zeiten stark gestiegener Lebenshaltungskosten mit Geld aus den ohnehin klammen Taschen der Studierenden zu stopfen, kann und darf trotz der angespannten Haushaltslage des Landes aber nicht Teil der Lösung sein.
Ein ähnliches Bild zeigt sich aktuell beim Studierendenwerk: Hier stieg der Beitrag zu diesem Semester um 16 € auf 79 € und wird zum SoSe 2026 erneut um 10 € angehoben. Zugleich ist der “Landeszuschuss für soziale Maßnahmen” zwischen 2017 und 2023 nur einmalig erhöht worden (vgl. Geschäftsberichte 2019 und 2023). In Verbindung mit den steigenden Kosten für das Deutschlandsemesterticket zeichnen sich somit in den kommenden Jahren Beiträge von über 400 € pro Studi pro Semester ab – nur für das Privileg, an der altherwürdigen Christian-Albrechts-

Gefällt hanna.h.sch und 9 weitere Personen 21. Oktober

Kommentieren ... Posten

Was ist bisher passiert?

auf LAK-Ebene:

- Koordinationsgruppe mit den ASten
- Arbeitsgruppen
 - Social Media
 - Recht
 - Vollversammlung/Aktionen

auf Hochschulgruppenebene:

- Entwurf eines offenen Briefs

Was passiert als nächstes?

- für die Einführung von Verwaltungsgebühren muss das Hochschulgesetz geändert werden

**Gesetz über die Hochschulen und das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein
(Hochschulgesetz - HSG)
in der Fassung vom 5. Februar 2016**

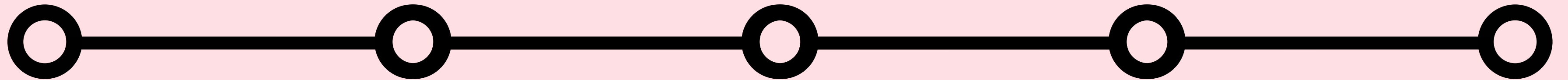
**§ 41
Verwaltungsgebühren, Beiträge**

Die Hochschule kann aufgrund von Satzungen für Dienstleistungen und für die Benutzung ihrer Einrichtungen angemessene Gebühren und die Erstattung von Auslagen erheben. Dies gilt für

1. die ersatzweise oder nachträgliche Ausstellung einer Urkunde,
2. die Bearbeitung der Einschreibung und der nicht fristgerechten Rückmeldung,
3. eine Amtshandlung, die nicht dem Studium oder einer Hochschulprüfung dient,
4. eine besondere Dienstleistung der Hochschulbibliotheken,
5. eine besondere Dienstleistung im Rahmen virtueller Studienangebote der Hochschulen,
6. die Teilnahme am Hochschulsport,
7. die Nutzung einer Hochschuleinrichtung außerhalb des Studiums und der Hochschulprüfungen,
8. (gestrichen),
9. die Teilnahme an einem Studienangebot als Gaststudierende oder Gaststudierender und
10. die Durchführung von Eignungsprüfungen.

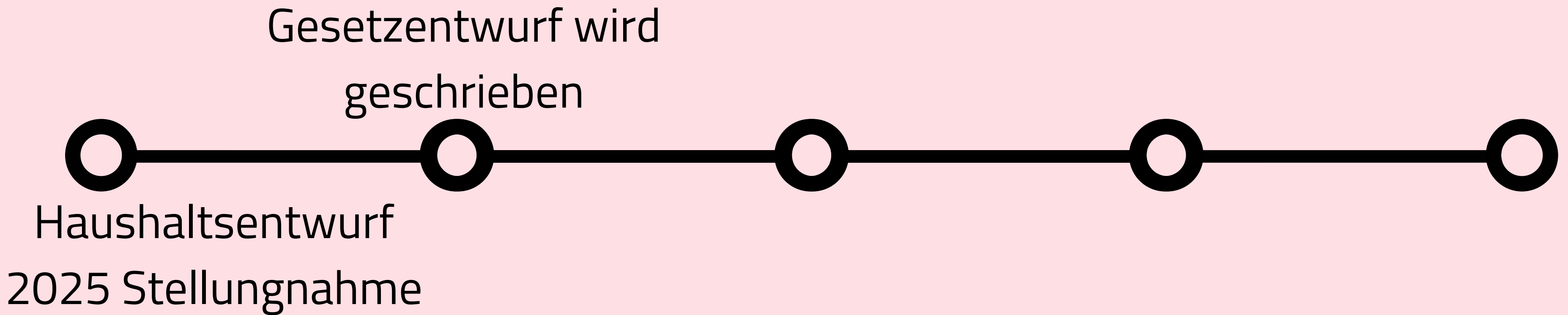
Die Hochschule erhebt aufgrund einer Satzung Beiträge für die Teilnahme an einem Weiterbildungsangebot der Hochschule nach [§ 58](#) Absatz 1 mit Ausnahme von Promotionsstudiengängen und gleichstehenden Studienangeboten. Von einer Beitragserhebung kann ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn ein Weiterbildungsangebot im dringenden öffentlichen Interesse liegt. Die [§§ 3 bis 6 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Schleswig-Holstein](#) sind entsprechend anzuwenden.

Wie geht es weiter?

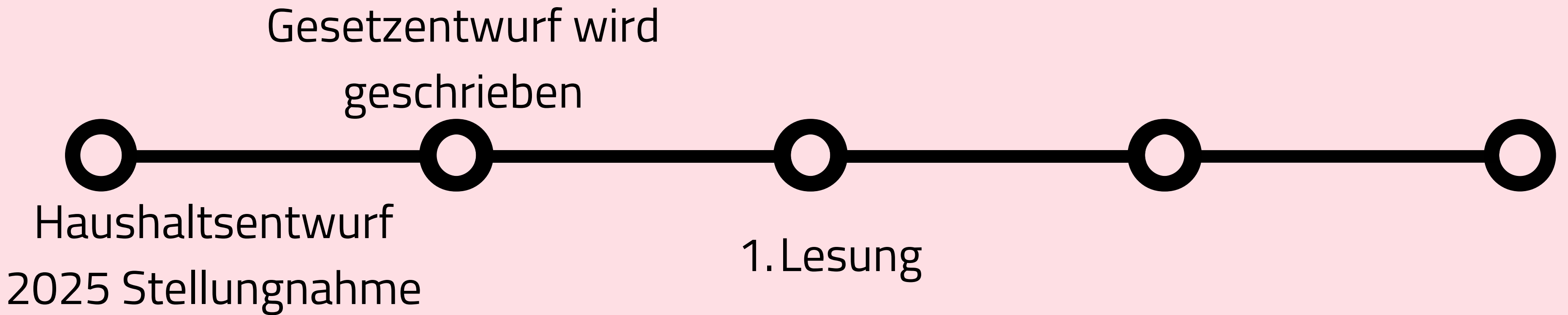


Haushaltsentwurf
2025 Stellungnahme

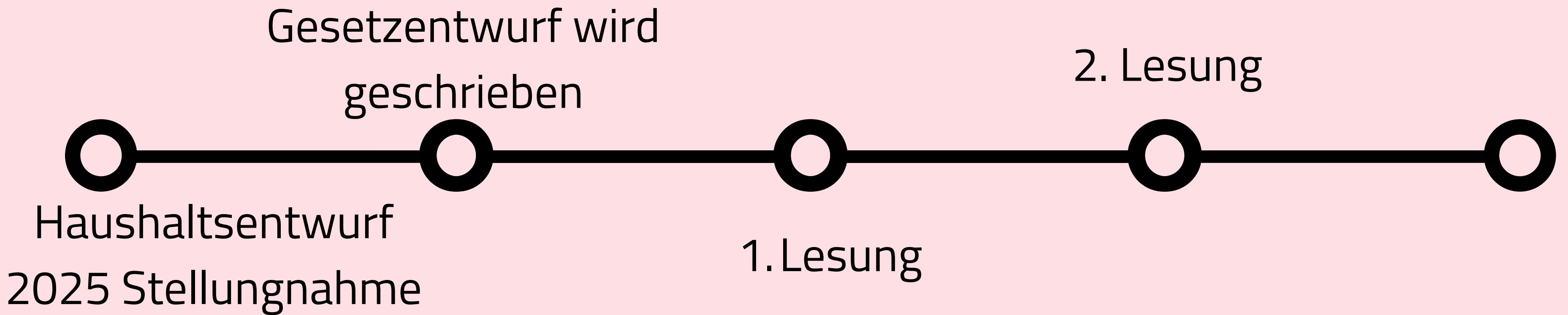
Wie geht es weiter?



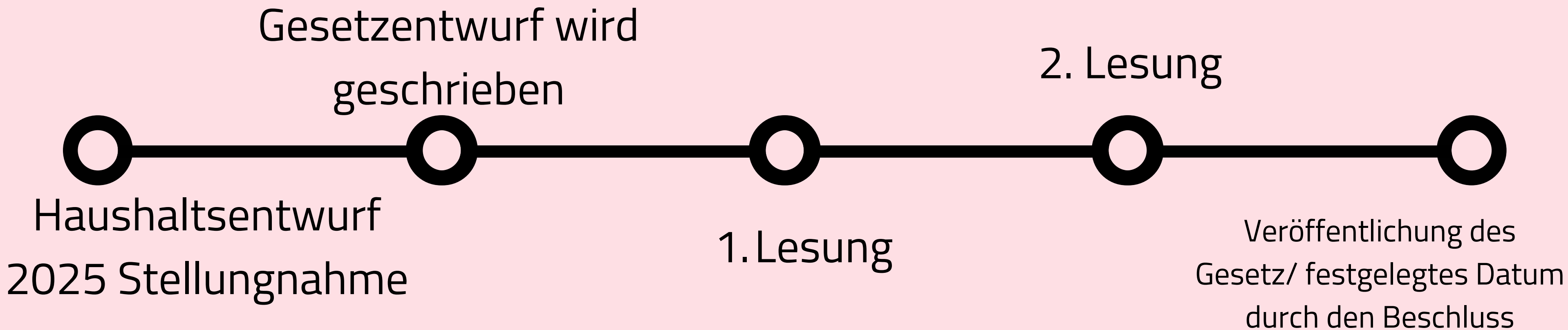
Wie geht es weiter?



Wie geht es weiter?



Wie geht es weiter?



Was können wir machen?

auf LAK-Ebene:

- **Idee:**
 - Koordinierungsgruppe aus LAK-Mitgliedern
 - AGs verwalten:
 - Recht, Social Media, Digitales, Demonstrationen

auf Hochschulebene:

- Studierende mobilisieren & informieren
- Beteiligungen in AGs

-> Koordination der Studierendenschaft in SH

Was können wir machen?

- Idee:
 - kollektive Vollversammlungen
 - Briefaktion
 - Demonstrationen vor dem Landtag
 - Pressemitteilungen
 - Petition
 - Besetzung von Hörsälen
 - etc.

Was ist das Ziel?

- Anhörung im Bildungsausschuss
- Verhandlungen mit dem Bildungsministerium

Was ist das Ziel?

- Anhörung im Bildungsausschuss
- Verhandlungen mit dem Bildungsministerium
- mediale Aufmerksamkeit

✦ ✦ Verhindern der Einführung der Verwaltungsgebühren ✦ ✦

Was ist der weitere Plan?

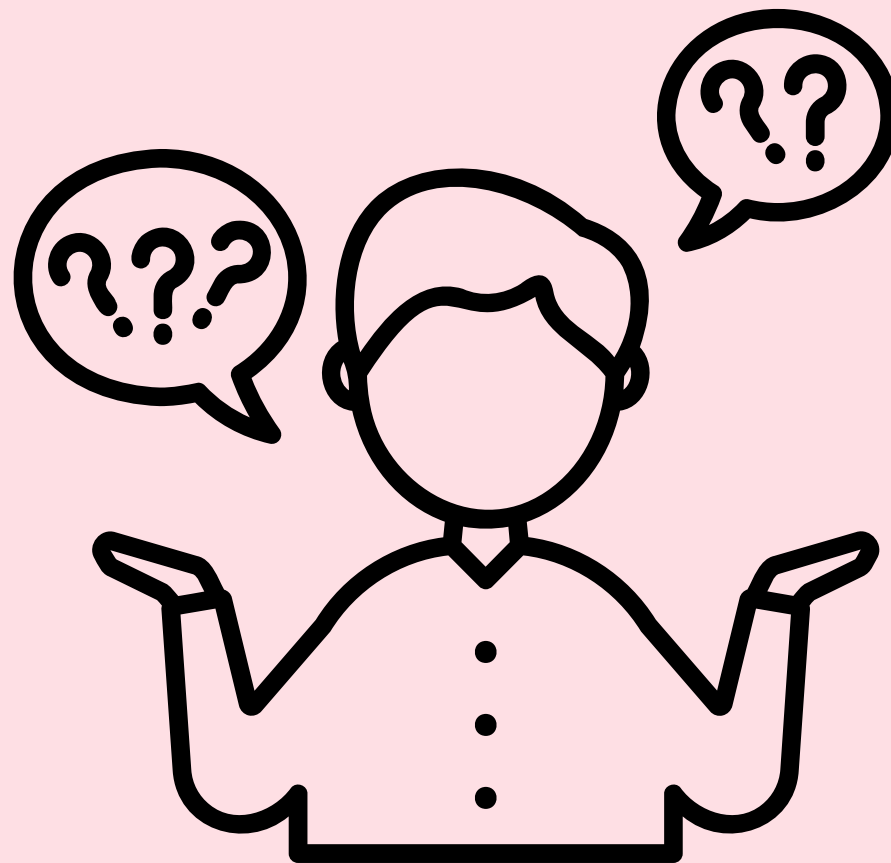
- Arbeitsgruppen koordinieren
- Informationen aufbereiten und in die Studierendenschaft tragen
- Aktionen vorbereiten
- Argument ausarbeiten
- Unterstützer*innen sammeln

Was ist der weitere Plan?

- Arbeitsgruppen koordinieren
- Informationen aufbereiten und in die Studierendenschaft tragen
- Aktionen vorbereiten
- Argument ausarbeiten
- Unterstützer*innen sammeln
- Stellungnahme im Senat/ Positionierung der Universität

Welche Ideen habt ihr? Was fehlt euch?

Welche Ideen habt ihr? Was fehlt euch?



Protokoll der ersten außerordentlichen Sitzung des Hochschulausschusses am 03.11.2024

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Lukas, Mia, Nick, Greta

Sonstige Anwesende: Fritz (AStA Vorstand), Kati (StuPa-Präsidium; Vertretung Amelie), Daniel (UDP), Yorik, Jonas (Campusradio), Joschka (Albrecht)

Sitzungsleitung: Lukas

Protokoll: Nick

Sitzungsort: LMS8 - R.EG.018 und via Zoom (hybrid)

Eröffnung der Sitzung durch Lukas um 12:08

TOP 0: Begrüßung und Vorstellungsrunde

Die Anwesenden stellen sich mit Vornamen, Sternkreiszeichen und wahlweise Pronomen vor.

TOP 1: Tagesordnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Tagesordnung wird per Akklamation angenommen.

Mit vier Anwesenden Mitgliedern ist der Ausschuss beschlussfähig.

TOP 2: Verwaltungsgebühren

Lukas weist auf die Materialien im OLAT-Ordner hin.

Infos vom AStA:

- Präsidiumsgespräch: Verständnis aber keine Unterstützung
- Informelles Gespräch mit einer Landtagsabgeordneten (Sofia Schiebe, SPD)
- Hinweis zum offenen Brief
- Es sind weitere politische Hochschulgruppen zur StuPa-Sitzung am Dienstag eingeladen (Volt und Perspektive Links)
- Weitere ASten sind eingeladen
- Noch kein Termin für die HSG-Änderung (Vermutung um Ostern)

Infos vom StuPa-Präsidium:

- Einladung der bildungspolitischen Sprecher der Grünen und CDU zur 2. Außerordentlichen StuPa-Sitzung (noch keine Rückmeldung)

Weiteres Vorgehen innerhalb des Ausschusses:

- Idee: Petition, um landesweit Unterstützung einzuholen
 - o Yorik hat bereits eine Internetseite unter www.keinmalzahlung60.sh für eine eventuelle Petition erstellt (WIP, nicht öffentlich)
 - o In der Vergangenheit wenig erfolgreich
 - o Einbettung in die Kampagne nötig
- Idee: Unterstützung des offenen Briefes auf der Homepage
 - o Von Entscheidung des StuPas abhängig
- Idee: Demo
 - o Da die Änderung des HSG erst um Ostern erfolgen soll, sollte der Zeitpunkt gut gewählt werden
- Idee: Bildungsausschuss des Landtages
- Idee: Vollversammlungen an den Hochschulen
 - o Stillstand der Lehre
 - o Kombination mit Demo möglich
 - o Frage: Muss eine Vollversammlung auf dem Campus stattfinden?
 - o Frage: Gibt es eine zeitliche Begrenzung für Vollversammlungen?
- Idee: Informationskampagne für Studies
- Idee: Antrag im Senat (Stellungnahme Gegen die Verwaltungsgebühr)
 - o Ausgang der Abstimmung in jedem Falle gut verwertbar.
- Idee: Gutscheinkampagne
 - o "60 € extra (auf deinen Semesterbeitrag)"
 - o Layout und Druck durch AStA; Position des Studierendenwerks fraglich
- Idee: "Ausverkauf Hochschule"
 - o Kampagne des fzs nutzen

Gesprächsideen für die Diskussion mit den bildungspolitischen Sprechern aus dem Landtag:

- Die Gebühren und Beiträge bei Einschreibung betragen dann insgesamt 465 €
- Attraktivität des Hochschulstandorts SH; auch wirtschaftlich problematisch (Verweis auf Grußworte von Daniel Günther und Ulf Kämpfer mit Appell für Wirtschaftsstandort SH)
- Wofür werden diese 60 € eingesetzt? (Wird es hinterher besser laufen?)
- Warum gleich dieser hohe Betrag? Woran orientiert sich der Betrag (an den tatsächlichen Kosten?)

- Was schützt Studis vor einer Erhöhung?
- Warum müssen wir das Geld zahlen und nicht das Land? → Bildung sollte kostenlos sein / Chancengleichheit / Falscher Ansatz
- BAFöG
- Wie soll das sozial abgefedert werden? (35% der Studis sind armutsgefährdet)
- Steigende Kosten für Semesterbeitrag: Bundesdurchschnitt 243 vs. 269 in SH (ohne Erhöhung) teilweise deutlich unter Kiel Bsp. Heidelberg / München
- In anderen Bundesländern teilweise bereits eingeführt, aber geringer
- Unterdurchschnittliche Hochschulfinanzierung in SH, die Mensapreise sind deutlich überdurchschnittlich
- Schließen der Lücke im Landeshaushalt
- Lücke in der Studierendenschaft 2026 durch Wechsel von G9 auf G8 wird den Rückgang der Studierendenzahlen weiter verschärfen (Derzeit unter 24.000, Trend seit 10 Jahren sinkend)
- Vorschlag sunset clause (Gesetz, das nach einer Periode evaluiert werden muss)
- Hiwis: Verhältnis aus niedrigen Löhnen und hohen Kosten der Studis wird weiter verschlechtert
- Uni kommt derzeit mit Finanzierung nicht hin, was ist da geplant?

Greta verabschiedet sich um 13:08

TOP 3: Sonstiges und Verschiedenes

- Hinweis von Lukas auf die Terminumfrage für die Taskforce zu den Möwen auf Mensa II

Ende der Sitzung um 13:18

E-Mail-Signaturen gegen Verwaltungsgebühren

Antragsteller*innen:

Lukas Drescher (UDP), Daniel Mäckelmann (UDP), Yorik Hansen

Antragstext:

Das Studierendenparlament, möge beschließen, alle Mitglieder von Gremien und Organen der Studierendenschaft sowie die studentischen Vertreter*innen im Senat zu ermutigen und das Präsidium des Studierendenparlaments, dessen Ausschüsse und den Vorstand des Allgemeinen Studierendenausschusses anzuweisen, folgenden Satz oder eine ähnlich lautende Formulierung in ihre E-Mail-Signaturen zu übernehmen:

Im Übrigen sind wir/bin ich der Meinung, dass der geplante Verwaltungskostenbeitrag eine Studiengebühr durch die Hintertür ist und Studierende in unverhältnismäßigem Ausmaß zusätzlich belasten wird.

Antragsbegründung:

E-Mail-Signaturen sind üblicher Bestandteil von E-Mails im professionellen Kontext. Sie dienen nicht nur dazu, die absendende Stelle bzw. die Position der absendenden Person zu vermitteln, sondern beinhalten üblicherweise auch weitere Informationen wie die korrekte Anrede (z.B. Pronomen oder #gernperdu) oder alternative Kommunikationswege (z.B. Fax/Tel.).

Auch politische oder persönliche Botschaften, die allen Lesenden mitgeteilt werden sollen, können Teil der E-Mail-Signatur sein. Hier kann uns ausnahmsweise die Online-Plattform Reddit als Inspirationsquelle dienen. Dort hat der*die Nutzer*in u/MaliceShine im Unterforum („Subreddit“) r/Studium

positiv über eine ganz ähnliche E-Mail-Signatur eines anderen AStAs gepostet hat¹.

Auch wir können so dazu beitragen, das Thema relevant zu halten und kontinuierlich alle Personen, die Teil unseres Mailverkehrs sind, daran zu erinnern.

Die weitere Begründung und Beantwortung von Fragen erfolgen mündlich auf der Sitzung.

Im Übrigen sind die Antragsstellenden der Meinung, dass der Verwaltungskostenbeitrag verhindert werden muss.

¹ Weblink: https://www.reddit.com/r/Studium/comments/1fl9qz8/die_email_signatur_der_asta/